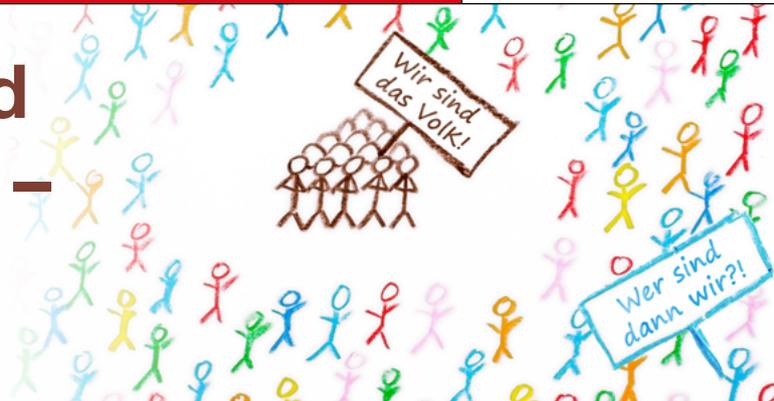


Radikalisierung und Rechtsextremismus – wie geht die Region dagegen vor?



Die Parteien antworten ...



CDU | Arnsberg

Hier halten wir es für erforderlich, dass der Staat als exekutive Gewalt seiner Aufgabe gerecht wird, die Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen durch Radikale und Extreme, ganz gleich ob von rechts oder von links zu schützen. Die sichtbare Präsenz von Polizei und Ordnungskräften entspricht dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung.

Gleichwohl sind die Handlungsmöglichkeiten im kommunalen Bereich begrenzt. Der freiheitliche und demokratische Geist als Grundhaltung der Menschen in unserer Stadt ist eine wichtige Säule der Bürgergesellschaft, in der Hass und Hetze keinen Platz haben dürfen. Aufklärung und Mahnung sowie das ständige Wachhalten der Erinnerung an die dunkelste Zeit deutscher Geschichte müssen einen Beitrag leisten, ein selbstbestimmtes Leben in Frieden und Freiheit zu führen und zu erhalten. Hier sind wir als Gesellschaft insgesamt gefordert, öffentlich sichtbar Zeichen zu setzen.

CDU | Sundern

In den vergangenen Jahren musste man feststellen, dass Radikalismus und Extremismus immer weiter zunehmen. Auch wenn wir dies meist überregional wahrnehmen ist es wichtig, dass wir vor Ort vorbeugen. Wichtigster Punkt ist hier die Arbeit mit Jugendlichen. Schon in der Schule muss eine umfangreiche Aufklärung stattfinden. Durch Aufklärung und Jugendarbeit vor Ort kann und muss die Stadt auch außerhalb der Schule Jugendliche vor Radikalisierung und Extremismus schützen.



Bündnis 90 Die Grünen | Sundern

Eine starke Dynamik in der Radikalisierung politischer, gesellschaftlicher, religiöser Gruppierungen wird seit einigen Jahren in den zuständigen staatlichen Instanzen festgestellt und entsprechende Präventionsprogramme wie „Demokratie leben“, „NRWeltoffen“ und „Wendepunkt“ wurden bundes- und landesweit initiiert und finanziert.

Dennoch werden Ausschreitungen, Gewalt gegen Sachgegenstände und Personen in unseren Städten zunehmend allgegenwärtig. Dieser Entwicklung entgegenzuwirken, muss zu den vornehmlichen Zielen der Kommunalpolitik gehören. Radikalisierung und Rechtsextremismus geht von den Akteuren vor Ort aus. Daher ist es Aufgabe der Kommunalpolitik präventive Angebote zu schaffen, mit denen Aufklärung und eine Sensibilisierung für Themen wie Rassismuskritik und Menschenfreundlichkeit bewirkt werden. Unsere Ziele sind:

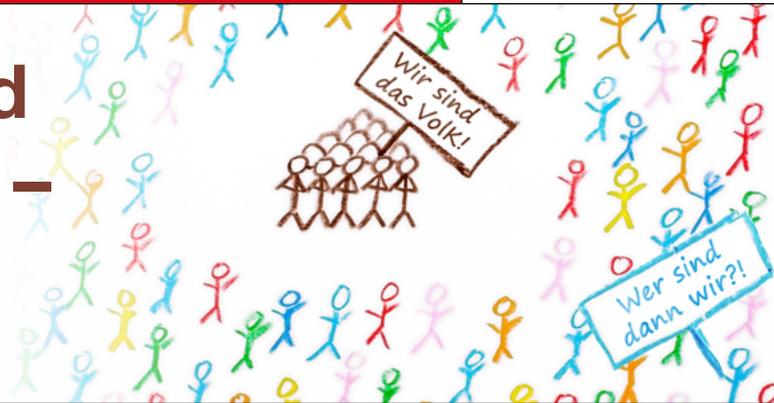
- Landes- und Bundesprogramme sowie lokale Initiativen und Maßnahmen, die sich gegen Rechtsextremismus, Radikalisierung und Rassismus sowie für die Demokratiestärkung einsetzen, durch die Kommunalpolitik zu unterstützen.
- Die Vertreter_innen des Rates der Stadt Sundern dazu zu gewinnen, die „Sunderner Erklärung gegen Rassismus und Antisemitismus“ zu unterzeichnen.
- Durch ein vorbildliches Verhalten und Handeln in den kommunalpolitischen Gremien positive Zeichen für gelebte Demokratie in unserer Stadt Sundern zu setzen.

Kommunalwahl 2020

Der Caritasverband Arnsberg-Sundern fragt nach ...



Radikalisierung und Rechtsextremismus – wie geht die Region dagegen vor?



Die Parteien antworten ...

Freie
Demokraten
FDP

FDP | Sundern

Selbstverständlich sprechen wir uns gegen Radikalisierung und Rechtsextremismus aus. Die beste Möglichkeit dem entgegen zu wirken, ist Bildung, Bildung, Bildung. Dieses beginnt bereits im Kindergarten mit qualifiziertem Personal und ausreichend Kindergartenplätzen. Ebenfalls setzen wir uns entsprechend der Haushaltslage für eine gute Ausstattung der Schulen in unserer Stadt ein. Bereits vor einiger Zeit hat sich die FDP Sundern dafür eingesetzt, dass z.B. eine Familienhebamme über die üblichen Hebammenstunden hinaus Familien unterstützend zur Seite steht, wenn es Probleme und schwierige Situationen gibt. Diese präventive Maßnahme gilt ebenfalls als ein kleiner Baustein, Kindern und Jugendlichen ein gesichertes Umfeld zu geben.

SPD

SPD | Arnsberg

Mit großer Sorge blicken wir auf das Anwachsen des Populismus, eines übersteigerten Nationalismus, von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit und radikale Tendenzen. Der populistische Ansatz, auf komplexe Probleme einfache Antworten zu geben, muss in die Irre führen. Von dort aus ist der Schritt in den Extremismus nicht weit, wie sich am Beispiel der AfD zeigt. Natürlich gibt es auch religiöse Fanatiker und auch Linksextremisten, aber die Gefahr für unsere Demokratie und die liberale Gesellschaft geht eindeutig von Rechts aus.

Wir Sozialdemokraten sind aus unserer Geschichte heraus besonders sensibel was diese Tendenzen angeht. Die SPD hat während des Nationalsozialismus einen hohen Blutzoll für die Verteidigung von Demokratie und Freiheit gezahlt. Wir werden uns auch weiter für Menschenwürde, Grundrechte, Demokratie und Freiheit einsetzen. Weil uns die rechtsextremen Netzwerke und die wachsende Gewaltbereitschaft Angst macht, haben wir beantragt zu überprüfen, welche Arnsbergerinnen und Arnsberger auf den bekannt gewordenen Feindeslisten von Rechtsextremen stehen. Wenn es wie seinerzeit bei den Demonstrationen „Arnsberg sind WIR!“ darum geht, gegen Fremdenfeindlichkeit und für Toleranz, Vielfalt und Solidarität ein Zeichen zu setzen, sind wir dabei. Gerade unsere Jugendorganisation die Jusos ist sehr engagiert im Kampf gegen Rechts.

Als Kommunalpolitiker unterschiedlichster Richtung von Konservativ bis Links arbeiten wir zusammen und suchen Kompromisse. Eine Zusammenarbeit mit der AfD kommt für uns nicht in Frage, weil Teile der Partei auch hier bei uns sich vom Konsens der Demokraten verabschiedet haben.

SPD | Sundern

Die SPD steht für eine klare Kante gegen Rechtsextremismus und Radikalisierung! Aus unserer Vergangenheit haben wir gelernt, wie gefährlich der Rechtsextremismus ist. Die Demokratie in allen Belangen zu stärken, ist die wichtigste Aufgabe aller politischen Parteien und Institutionen.

SBL
Gut für Arnsberg!
sozial, ökologisch, demokratisch

SBL | Arnsberg

Radikalisierung und Rechtsextremismus sind in gar keinem Fall zu dulden. Hier müssen Eltern sensibilisiert werden, damit sie versuchen können ihre Kinder vor derartigen Einflüssen zu schützen. Aber auch Schulen und Kitas sind Orte, wo diese Themen noch viel stärker als bisher unter dem präventiven Aspekt behandelt werden müssen.